

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network

[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)

**newsletter 98 / 06. 06. 2006**

**AKTIV**

**REACH - DRINGEND**

**Email-Aktion an EU-Praesident Barroso, Kommisaer Verheugen, ...**

Wenn Sie auf <http://www.chemicalreaction.org/> gehen (links oben ein Link zur deutschen Version) koennen Sie mit vorgegebenen oder mit eigenem Schreiben, die Verantwortungstraeger um eine verantwortungsvollere und verbraucherfreundlichere REACH-Verordnung bitten bzw. diese einfordern. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass viele BuergerInnen der EU sich daran beteiligen, und nicht - wie im Jahre 2005 - die Lobbyisten der Chemieindustrie die Gesetzesvorlage so verwaessern koennen, dass von der urspruenglichen Fassung nur noch ein Teil vorhanden sein wird.

Bis jetzt bekam Borroso ca. 9 000 emails.

Das sind viele, gemessen an der Anzahl der BuergerInnen der EU jedoch wenig.  
(Informationen zu REACH u.a. in frueheren newsletters)

\*\*\*

Von foodwatch:

**Jetzt wird's ernst beim Verbraucherinformationsgesetz! Neue Mitmach-Aktion: Schreiben Sie an den Bundestag – es eilt.**

Vor wenigen Tagen ist Seehofer's Mogelpackung namens Verbraucherinformationsgesetz (VIG) in den Deutschen Bundestag gegangen. Noch vor der Sommerpause will das Parlament das Gesetz verabschieden, also im Juni. foodwatch hatte Ende Februar einen Gegenentwurf zu dem Gesetz vorgebracht. Doch ohne öffentlichen Druck auf die Abgeordneten der Koalition wird sich inhaltlich kaum etwas verbessern. Die Zeit ist denkbar knapp!

foodwatch hat die Bundestagsabgeordneten am Mittwoch, 17. Mai 2006, zu einem so genannten Parlamentarischen Abend mit der Berliner Starköchin Sarah Wiener eingeladen. Der Abend war geprägt von einer intensiven Diskussion mit den Abgeordneten und den Experten von foodwatch, die gezeigt hat: Die foodwatch Argumente sind richtig und allen ist bewusst, dass der Gesetzentwurf aus Bürgersicht absolut mangelhaft ist. Für die Verbraucher bringt das Gesetz in dieser Form nichts - wieder werden sie nicht erfahren, wo Gammelfleisch drin ist oder ob Gentechnik verfüttert wird.

Um zu zeigen, dass das Verbraucherinformationsgesetz nicht nur ein Anliegen von foodwatch ist und nicht nur das Thema Ernährung betrifft, hat foodwatch eine Koalition aus insgesamt 19 großen und namhaften Organisationen initiiert. Gemeinsam wurde vorgestern ein Brief an den Bundestag geschickt, in dem die weitgehende Wirkungslosigkeit des VIG-Entwurfs kritisiert und ein besseres Gesetz gefordert wird.

Die Organisationen repräsentieren durch ihre Mitglieder über 2,6 Millionen Bürger:  
B.A.U.M. e.V., Bioland, BUND, Demeter, Deutscher Hausfrauen-Bund (DHB), Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju), Deutscher Tierschutzbund e.V., Deutsche Umwelthilfe e.V., foodwatch e.V., GLS Gemeinschaftsbank eG, Germanwatch e.V., Greenpeace e.V., Mehr Demokratie e.V., Naturschutzbund Deutschland e.V. (nabu), Netzwerk Recherche e.V., Securvita Gesellschaft zur Entwicklung alternativer Versicherungskonzepte mbH, Transparency International Deutschland e.V., WWF Deutschland, Zukunftsstiftung Landwirtschaft in der GLS Treuhand e.V.

Auch Sie können den gemeinsamen Brief der Organisationen unterstützen! Denn seit Mittwoch gibt es unter [www.ess-wissen.de](http://www.ess-wissen.de) eine neue Aufsetzaktion. Hier kann jedermann den Brief persönlich als

E-Mail an die zuständigen Abgeordneten im Bundestag schicken, namentlich. Zuvor konnte man unter dieser Internetadresse eine Petition an Minister Seehofer schicken. Eine Aktion, die sehr erfolgreich war, insgesamt haben über 3.000 Unterzeichner mitgemacht. Sagen Sie nun auch dem Parlament: "Ich will es wissen!" und gehen Sie JETZT auf [www.ess-wissen.de](http://www.ess-wissen.de) , die Zeit drängt!

\*\*\*

Von PAN:

**Wir freuen uns über die beginnende Erdbeersaison. Leider gibt es einen Wermutstropfen: Erdbeeren werden im konventionellen Anbau massiv mit Pestiziden behandelt.**

So verwundert es nicht, dass konventionelle Erdbeeren fast immer Pestizidrückstände enthalten. 2005 waren 99,5% aller untersuchten Erdbeeren mit Pestizidrückständen belastet.

Damit wir zukünftig Erdbeeren bedenkenlos genießen können, machen Sie mit bei unserer **Aktion für saubere Erdbeeren:**

- \* Zeigen Sie beim Einkaufen, dass sie saubere Lebensmittel wollen, die möglichst wenig Pestizidrückstände enthalten
- \* Fordern Sie ihren Obsthändler auf, Daten über Rückstände in den von ihm angebotenen Erdbeeren zu veröffentlichen.
- \* Fordern Sie ihren Obsthändler auf, möglichst wenig belastetes Obst anzubieten.
- \* Achten Sie auf das Bio-Zeichen, denn bei Bio-Obst wird auf den Einsatz von synthetischen Pestiziden verzichtet. Es ist gesünder - besonders für Kinder!
- \* Geben Sie das Informationsblatt an Bekannte und Ihren Obsthändler weiter.

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. E-Mail: <mailto:info@pan-germany.org> Unsere Website: <http://www.pan-germany.org>

=====  
**CHEMIKALIEN - ASBEST**

**10.05.06 Asbest: Verboten, aber Todeszahlen steigen - Bis 2030 wird noch mit vielen Toten gerechnet**

Baierbrunn (ots) - Obwohl Asbest seit dem Jahr 1993 nicht mehr verbaut werden darf, steigen die Zahlen der durch die Substanz verursachten Todesfälle weiter an. Grund ist die lange Zeit, die zwischen dem Kontakt mit den mikroskopisch kleinen, spitzen Fasern und einer Krebserkrankung vergeht. Wie das Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau" berichtet, berechneten französische Experten, dass dort bis zum Jahr 2030 etwa 100.000 Todesopfer zu erwarten seien. "Diese Zahl ist auch für Deutschland realistisch", sagt der Physiker Hans Ulrich-Raithel vom Umweltinstitut München. Die vom Asbest ausgelöste Krebsart der Lunge und des Lungenfells wird tückischerweise oft erst entdeckt, wenn schon Metastasen in anderen Organen bestehen. Heilung gibt es dann kaum noch. Forscher suchen deshalb nach neuen Früherkennungsmethoden. So findet sich etwa nach einer neuen amerikanischen Untersuchung im Blut von Asbestarbeitern vermehrt der Eiweißstoff Osteopontin. Entsteht ein Krebs, schnellte seine Konzentration in die Höhe. Vielleicht kann daraus einmal ein Früherkennungstest entwickelt werden..

Mehr Presstexte auch online: [www.GesundheitPro.de](http://www.GesundheitPro.de) > Button Presse-Service (Fußleiste)  
Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau  
Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de/story.htx?firmaid=52678>

=====

## CHEMIKALIEN - FORMALDEHYD

Montag, 29. Mai 2006 **WHO: Formaldehyd gefährlicher als angenommen**

Berlin - Die in vielen Produkten des täglichen Lebens vorkommende Chemikalie Formaldehyd (Formalin) ist gefährlicher als bislang angenommen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat Formaldehyd nun „als krebserzeugend für den Menschen eingestuft“, wie das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) am Montag in Berlin mitteilte.

Nach neueren Studien wurde bei Arbeitern, die Formaldehyd ausgesetzt waren, eine erhöhte Sterblichkeit durch Tumore des Nasen- und Rachenraums festgestellt. Zudem seien erhöhte Leukämieraten gefunden worden. Laut BfR prüft das Wirtschaftsministerium, ob die Chemikalie im Einvernehmen mit der EU umgestuft werden muss. Dies hätte für Verbraucher weitreichende Konsequenzen, weil sie der Chemikalie dann nicht mehr ausgesetzt werden dürften.

Formaldehyd ist eine farblose und bei Zimmertemperatur gasförmige Substanz mit stechenden Geruch. Es ist in der Natur allgegenwärtig und entsteht etwa als Zwischenprodukt beim Stoffwechsel des Menschen. Weltweit werden zudem jährlich rund 21 Millionen Tonnen synthetisch hergestellt. Die keimabtötende und konservierende Substanz ist in zahlreichen Produkten enthalten wie etwa Desinfektionsmitteln, Haushaltsreinigern, kosmetischen Mitteln, diversen Farben, Lacken sowie in Bauprodukten.

Das BfR schlägt nun eine Einstufung des Formaldehyds als „krebsauslösend für den Menschen“ vor. Bislang war die Chemikalie als „möglicherweise krebserregend“ klassifiziert worden. Sollte sie EU-weit umgestuft werden, müsste sie aus vielen kosmetischen Mitteln wie etwa Produkten zur Nagelhärtung verschwinden. Formaldehyd findet sich zudem in Textilien, Holzspielzeugen wie etwa Puzzles sowie in hohen Dosen auch im Zigarettenrauch. /afp

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=17513&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

\*\*\*

Vom BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung:  
29.05.2006

### **Krebserregende Wirkung von eingeatmetem Formaldehyd hinreichend belegt BfR stellt Ergebnisse wissenschaftlicher Bewertung vor und empfiehlt neue Einstufung**

Formaldehyd wird weltweit in hohen Mengen produziert und ist in vielen verbrauchernahen Produkten enthalten. Die Substanz entsteht außerdem in geringen Mengen im Zellstoffwechsel von Menschen und Tieren. Formaldehyd ist gesundheitsschädlich, es reizt die Schleimhäute und kann Krebs im Nasenrachenraum auslösen, wenn es eingeatmet wird. Das ist das Ergebnis einer Bewertung neuer Studien, die das Bundesinstitut für Risikobewertung heute der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Das Institut sieht es als hinreichend bewiesen an, dass die Substanz im Nasenrachenraum Tumore auslösen kann, wenn sie eingeatmet wird, und schlägt deshalb eine Änderung der geltenden Einstufung vor. Die schädliche Wirkung von Formaldehyd ist konzentrationsabhängig. „Bei Raumluftwerten von oder unterhalb von 125 Mikrogramm Formaldehyd pro Kubikmeter ist praktisch keine krebsauslösende Wirkung mehr zu erwarten“, sagt der Präsident des Bundesinstituts, Professor Dr. Dr. Andreas Hensel. „Bei wiederholter, deutlicher Überschreitung dieses Wertes können gesundheitliche Risiken bestehen.“

Formaldehyd ist eine farblose Substanz, die bei Zimmertemperatur gasförmig vorliegt und einen typischen, stechenden Geruch aufweist, der noch in geringen Konzentrationen wahrgenommen wird. Die Substanz wirkt keimtötend, konservierend und desinfizierend und ist in zahlreichen Produkten des täglichen Lebens enthalten, zum Beispiel in Desinfektionsmitteln, Haushaltsreinigern, kosmetischen Mitteln, Farben und Lacken sowie in Bauprodukten.

Ergebnisse aus Tierversuchen ließen eine krebsauslösende Wirkung beim Menschen vermuten, in zahlreichen epidemiologischen Studien konnte aber kein erhöhtes Krebsrisiko nachgewiesen werden. Formaldehyd wurde deshalb als Substanz mit „begründetem Verdacht auf ein krebserzeugendes Potenzial“ eingestuft. Neuere, sehr umfangreiche Studien an Arbeitnehmern in den USA belegen nun

aber eine expositionsabhängig erhöhte Sterberate durch Tumore im Nasenrachenraum. Spontan und mit Ausnahme bestimmter berufsbedingter Expositionen treten solche Tumore beim Menschen nur selten auf. Nach einer Neubewertung schlug die Internationale Krebsforschungsagentur der Weltgesundheitsorganisation (International Agency on Research of Cancer, IARC) deshalb vor zwei Jahren eine Einstufung von Formaldehyd als Humankarzinogen vor; die Begründung steht noch aus.

Das Bundesinstitut für Risikobewertung hat die Studienergebnisse zum Anlass genommen, die krebsauslösenden Risiken von Formaldehyd neu zu bewerten und dazu unter anderem ein Gutachten beim Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg in Auftrag gegeben. In Übereinstimmung mit dem Gutachten kommt das Institut zu dem Schluss, dass die Substanz beim Menschen Krebs auslösen kann, wenn sie eingeatmet wird, und schlägt eine entsprechende Einstufung vor. Diese Einschätzung teilt die für die Bewertung des chemischen Altstoffs zuständige Behörde in Frankreich.

Die krebsauslösende Wirkung von Formaldehyd geht mit einer Veränderung der Erbinformation einher. In der Vergangenheit wurde bei der Bewertung solcher Substanzen ein „vereinfachter Ansatz“ zugrunde gelegt: Jede Menge wurde als schädlich angesehen und kein Schwellenwert abgeleitet. Bei der vorliegenden Bewertung hat das BfR nun erstmals einen neuen konzeptionellen Ansatz gewählt, der eine differenziertere Betrachtung erlaubt: Der krebsauslösenden Wirkung von Formaldehyd liegen nämlich zwei biologische Mechanismen zugrunde: die zellschädigende Wirkung, auf die der Körper mit einer Zellwucherung reagiert, und die Veränderung der Erbinformation. Beide Mechanismen werden oberhalb einer bestimmten Menge gemeinsam wirksam. Auf der Basis von Daten, die am Tier und am Menschen erhoben wurden, hat das BfR deshalb unter Zugrundelegung der beiden Wirkmechanismen einen so genannten „safe level“ abgeleitet. Dieser liegt bei 0,124 Milligramm pro Kubikmeter Raumluft. Eine Luftkonzentration bis zu diesem Wert wird als eine Konzentration angesehen, bei der und unterhalb derer ein erhöhtes Risiko über dem Hintergrundrisiko praktisch nicht mehr zu erwarten ist. Bei wiederholter, deutlicher Überschreitung dieses Wertes können dagegen gesundheitliche Risiken bestehen.

Zur Risikobewertung unter Verbraucherschutzaspekten ist eine Abschätzung der Exposition des Menschen gegenüber Formaldehyd in seiner häuslichen Umgebung erforderlich. Die verfügbaren Daten zeigen, dass Pressspanplatten, neben anderen Bauprodukten, noch immer zu den bedeutenderen Expositionsquellen für Formaldehyd zählen. Die Belastung konnte in den vergangenen Jahren allerdings erheblich reduziert werden. Textilien tragen dagegen nur in geringem Umfang zur Belastung der Raumluft bei. Auch der Einsatz von Desinfektionsmitteln im privaten Haushalt kann im Hinblick auf die Formaldehyd-Belastung offenbar vernachlässigt werden. Ähnliches gilt für kosmetische Mittel. Insgesamt deuten die vorgestellten Daten darauf hin, dass die Raumluftbelastung zurückgegangen ist. Ob das auch für Extrembelastungen gilt, lässt sich heute noch nicht abschließend sagen.

Über die endgültige Einstufung von Formaldehyd entscheidet die Europäische Kommission. Sollte die EU dem Vorschlag Frankreichs und der Bewertung des BfR folgen, könnte sich dies auf die Verwendung der Substanz in verbrauchernahen Produkten auswirken.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter [www.bfr.bund.de](http://www.bfr.bund.de) , Menüpunkt „Chemikalien/Chemikalienbewertung“.

=====

## **CHEMIKALIEN - GEFÄHRSTOFFINFORMATIONEN**

### **26.05.2006 Berufsgenossenschaften: Gefahrstoffinformationen auf einen Blick**

Einen kostenfreien Zugriff auf sieben Gefahrstoffdatenbanken der Berufsgenossenschaften gibt das Berufsgenossenschaftliche Institut für Arbeitsschutz (BGIA) ab sofort im Internet unter [www.hvbg.de](http://www.hvbg.de), <http://www.hvbg.de/d/pages/service/daten/index.html> . Das so genannte Gefahrstoffinformationssystem GESTIS hilft den Betrieben, Gefahren durch gesundheitsschädliche Stoffe am Arbeitsplatz zu ermitteln und Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Aber auch Fachleute und Wissenschaftler können aus dem Datenpool schöpfen: Die Informationen reichen von Erste-Hilfe-Maßnahmen bei Vergiftungserscheinungen, über Analyseverfahren für Chemikalien bis hin zu wissenschaftlichen Begründungen für Arbeitsplatzgrenzwerte.

Etwa 30.000 chemische Stoffe sind europaweit im Handel. Circa 1.500 davon sind besonders

gefährlich, zum Beispiel Krebs erzeugend. Chemikalien finden sich in allen Lebensbereichen, besonders intensiv ist der Kontakt allerdings dort, wo beruflich mit ihnen umgegangen wird: an Arbeitsplätzen, an denen Gefahrstoffe hergestellt oder weiter verarbeitet werden; aber auch bei Tätigkeiten, bei denen Gefahrstoffe im Arbeitsprozess entstehen. Nach einer Erhebung der Europäischen Union gehen in Deutschland 14 Prozent aller Beschäftigten, also etwa fünf Millionen Menschen, mit Gefahrstoffen bei der Arbeit um. Die tatsächliche Zahl dürfte deutlich höher liegen. In Betrieben ist deshalb der Bedarf an Informationen zum Gefahrenpotenzial und sicheren Umgang mit Gefahrstoffen enorm.

"Mit unserem Gefahrstoffinformationssystem GESTIS versuchen wir, Antworten auf Gefahrstofffragen ganz unterschiedlicher Art zu geben", erläutert Dr. Roger Stamm, zuständiger Fachbereichsleiter im BGIA, die Vielfalt des Datenbankangebots: "Hier wird der Kleinunternehmer fündig, der wissen möchte, wie er einen bestimmten Stoff sicher lagert und entsorgt. Hier kann sich aber auch der Wissenschaftler kundig machen, der Einzelheiten zur Einstufung eines gefährlichen Stoffs recherchieren möchte oder auch der Arbeitsschützer, den internationale Grenzwerte für chemische Substanzen interessieren."

Das Internetangebot enthält sieben frei zugängliche Gefahrstoffdatenbanken:

- die GESTIS-Stoffdatenbank mit umfassenden Informationen zu gefährlichen Stoffen,
- ICSC, eine internationale Datenbank mit schnell zu überblickenden Basisdaten zu Gesundheitsgefahren und Gesundheitsschutz,
- ISI, das Informationssystem zu Sicherheitsdatenblättern von über 200 Herstellern,
- eine Datenbank zu Analyseverfahren (in Englisch),
- eine Datenbank mit internationalen Grenzwerten für Chemikalien (in Englisch),
- eine weitere Datenbank mit wissenschaftlichen Begründungen für Grenzwerte und Einstufungen sowie
- GESTIS-StaubEx mit Brenn- und Explosionskenngößen von Stäuben.

Daneben gibt es Links zu Informationssystemen einzelner Berufsgenossenschaften sowie weiterführende Informationen rund um das Thema Gefahrstoffe.

Anmerkung Scherrmann:

Auch wenn fuer viele PatientInnen die Berufsgenossenschaft - m. E. mit Recht - ein rotes Tuch sind, koennen auf dieser Website einige in gewissen Faellen nuetzliche Informationen eingesehen werden.

=====

## CHEMIKALIEN - TABAK

12.05.06

### **Wenn die Eltern rauchen: Giftstoffe im Urin der Säuglinge / Forscher fanden bei mehr als der Hälfte der Kinder krebserregende Chemikalien**

Baierbrunn (ots) - Wenn Mama und Papa rauchen, müssen ihre Kinder den Rauch mitinhalieren. Forscher der University of Minnesota (USA) fanden bei mehr als der Hälfte von Raucherkindern krebserregende Chemikalien im Urin, berichtet das Onlineportal GesundheitPro.de. Diese stammen aus dem Tabak, den die Eltern konsumieren. Die Stoffe werden nur bei Kindern gefunden, die Tabakrauch ausgesetzt sind, so die Forscher. Die Studie wird im Fachmagazin "Cancer Epidemiology, Biomarkers & Prevention" veröffentlicht.

Den vollständigen Artikel zum Thema "Rauchen" finden Sie unter

<http://www.gesundheitpro.de/A060512BADEP024323>

dem unabhängigen Onlineportal der Apotheken Umschau.

Originaltext: Wort und Bild - GesundheitPro.de

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> (der Artikel ist nicht mehr im Netz)

=====

## ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Aus: Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V.

Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektrosmog Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: BI Omega, Mitglied im Dachverband:

Saarbrücker Zeitung, 15.5.06, **Mobilfunk: Jurist rät Bürgern zu Klage**

Saarländische Bürgerinitiativen gegen Mobilfunkanlagen haben prominente Unterstützung erhalten: Erich Schöndorf, früherer Chef-Ankläger im Fall gegen Holzschutzmittel-Produzenten. Bei einer Veranstaltung in Homburg riet er den Bürgerinitiativen Strafanzeige wegen Körperverletzung gegen die Mobilfunk-Betreiber zu erheben.

Omega zu Prof. Erich Schöndorf siehe auch unter: <http://tinyurl.com/m4tvq>

Innternet <http://www.buergerwelle.de>

=====

## **KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen**

31.05.06

### **aid-Faltblatt informiert über Schadstoffe in Lebensmitteln**

Immer wieder fühlen sich Verbraucher durch Schadstoffe in Lebensmitteln verunsichert oder sogar bedroht. Warum sie schädlich sind, woher sie kommen und wie man sie vermeiden kann, beschreibt ein neues, 12-seitiges Faltblatt des aid infodienst. Sie erfahren, welche Lebensmittel gefährdet sind, was Sie tun können, um zum Beispiel weniger Nitrat aufzunehmen, was es mit Weichmachern und Schwermetallen auf sich hat und wie groß die Gefährdung durch Gifte von Schimmelpilzen ist.

<http://www.aid.de/>

30.05.06

### **Stickstoffdioxid: Diesel-Abgas gefährlicher als gedacht**

Stickstoffdioxid in der Luft ist offenbar schädlicher als bisher angenommen. Eine Analyse der Gesundheitsdaten von 60 Millionen Europäern hat ergeben, dass das vor allem aus Dieselmotoren stammende Gas schon nach wenigen Tagen die Sterblichkeit messbar erhöht. mehr...

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,418600,00.html>

### **Bäckerasthma auch ohne spezifische Sensibilisierung**

Bei einem nicht unerheblichen Teil aller Bäcker mit Asthmabeschwerden am Arbeitsplatz kann keine Sensibilisierung gegen Mehlbestandteile und andere bäckereispezifischen Materialien nachgewiesen werden. Das ist allerdings kein Grund, die Diagnose einer Berufskrankheit zu verweigern.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=404997,4535,medizin/allergien>

### **Dauerhusten - Kernsymptom bei Cough-variant Asthma**

Vor allem bei Kindern, aber auch bei Erwachsenen, die an trockenem chronischen Husten leiden, sollte nicht zuletzt auch an ein sogenanntes Cough-variant Asthma (Husten als Asthma-Äquivalent) gedacht werden <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=404995,4535,medizin/asthma>

### **COPD - auf direktem Weg zur Spitze der Todesursachen**

COPD ist weltweit die Erkrankung mit der höchsten Steigerungsrate. Nach Prognosen der Weltgesundheitsorganisation wird sie bis zum Jahre 2020 auf den dritten Platz in der Todesursachenstatistik vorrücken. Ein Grund, dieser Erkrankung mehr Aufmerksamkeit zu widmen, wie beim 47. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin deutlich wurde. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=405081,4535,medizin/atemwege>

28.05.2006

### **Die Medizin ist zu männlich - Geschlechtsunterschiede werden kaum erforscht und zu wenig beachtet**

Baierbrunn (ots) - Dass Männer und Frauen gleiche Krankheiten sehr unterschiedlich durchmachen, dringt viel zu langsam in den Praxisalltag ein. "Dieser Zweig der Medizin steckt noch in den Kinderschuhen", bestätigt Professorin Brigitte Lohff von der medizinischen Hochschule Hannover

(MHH) im Gesundheitsmagazin "Apotheken Umschau". Viele Unterschiede kennen die Ärzte auch noch gar nicht. So wurde etwa erst jüngst entdeckt, dass Frauen bei Operationen mehr Narkosemittel benötigen und früher aus der Narkose aufwachen. In der Forschung schließen Wissenschaftler Frauen manchmal sogar als Probanden bei Studien aus, weil deren Hormonhaushalt die Auswertung zu kompliziert macht. So kam heraus, dass bei 422 Studien, die das wichtige Wissenschaftsblatt "New England Journal of Medicine" zwischen 1994 und 1999 veröffentlichte, nur in 24,6 Prozent der Fälle Frauen zu den Untersuchten gehörten. Die Folge: Unterschiede werden gar nicht wahrgenommen. In ganz Europa gibt es keine einzige Einrichtung, welche die Unterschiede systematisch erforscht. An der MHH soll diese Lücke jetzt geschlossen werden. Mehrere Teams wollen das Wissen zunächst einmal sichten und sammeln. Geleitet werden sie übrigens von Frauen.

Mehr Presstexte auch online: [www.GesundheitPro.de](http://www.GesundheitPro.de) > Button Presse-Service (Fußleiste)  
Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau Digitale Pressemappe:  
<http://presseportal.de/story.htx?firmaid=52678>

Anmerkung Scherrmann:

Es ist m. E. schon interessant, wie lange es dauerte, bis angefangen wurde, ueber dieses Defizit innerhalb der medizinischen Forschung und Praxis nachzudenken.

24.05.2006

### **Gefahr durch Feinstaub**

Menschen mit Diabetes, Herzinsuffizienz, COPD oder Rheuma haben eine deutlich geringere Lebenserwartung, wenn sie einer hohen Feinstaubbelastung ausgesetzt sind.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=405930,4542./medizin/atemwege>

23.05. 2006

### **Greenpeace legt neuen Bericht zur Verstrahlung in La Hague vor**

Grundwasser in der Normandie radioaktiv verseucht [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

17.05.2006

### **Alkoholverkauf: Proteste gegen Erhöhung der Altersgrenze**

Hamburg (ddp). Die Pläne der EU-Kommission, den Verkauf von Bier und Wein an Jugendliche zu verbieten, stoßen in Deutschland auf Protest. Nach einem Bericht der «Bild»-Zeitung (Donnerstagsausgabe) sagte die CDU-Verbraucherschutzexpertin Julia...

. »<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2006&m=5&d=19&id=122941>

15.05.2006

### **Schadet viel Feinstaub Feten?**

Eine hohe Feinstaub-Belastung kann möglicherweise schon Ungeborenen schaden, hat eine US-Studie ergeben.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=404779,4531./medizin/frauengesundheit>

### **40 Prozent mehr Depressive als vor vier Jahren**

Die Zahl der Klinikpatienten mit Depressionen ist nach Daten der Gmünder Ersatzkasse (GEK) in den vergangenen vier Jahren um 40 Prozent gestiegen.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=404637,4530./medizin/depressionen>

Anmerkung Scherrmann:

Wieviel Jahre oder Jahrzehnte muessen noch vergehen, bis im deutschsprachigen Raum über Neurotoxine in unserer Umwelt als moegliche Ausloeser von Depressionen geforscht und diskutiert wird?

### **EU startet Online-Portal in 20 Sprachen**

Einfache, klare und wissenschaftlich solide Gesundheitsinformationen aus dem Internet will das in dieser Woche von der EU-Kommission gestartete Gesundheitsportal für EU-Bürger, Gesundheitsexperten und Wissenschaftler gleichermaßen im Internet zugänglich machen.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=404369,4528,/computer/internet> [http://ec.europa.eu/health-eu/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health-eu/index_en.htm)

=====

## RECHT

### **Anwalt darf bei Untersuchung immer dabeisein**

MAINZ (dpa). Ein Prozeßbeteiligter hat bei einer vom Gericht angeordneten ärztlichen Untersuchung grundsätzlich einen Anspruch auf die Anwesenheit seines Anwalts.

Das geht aus einem jetzt bekanntgewordenen Beschluß des Landessozialgerichts (LSG) Rheinland-Pfalz in Mainz hervor. Werde dem Betroffenen die Anwesenheit des Anwalts oder einer anderen Vertrauensperson verwehrt, so sei dies ein Verstoß gegen den Grundsatz des fairen Verfahrens.

Das LSG betonte in seinem Beschluß, eine ärztliche Untersuchung sei ein erheblicher Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Betroffenen. Die gerichtlich angeordnete Untersuchung greife in die Intimsphäre und die Menschenwürde des zu Untersuchenden ein. Daher müsse seinem Wunsch nach Anwesenheit einer Vertrauensperson grundsätzlich entsprochen werden.

Das Gericht bekräftigte, ein Arzt könne, falls er mit der Anwesenheit Dritter nicht einverstanden sei, die Untersuchung ablehnen.

Urteil des LSG Rheinland-Pfalz, Az.: L 4 B 33/06

<http://www.aerztezeitung.de/docs/2006/05/30/098a0503.asp?cat=/geldundrecht/recht>

Anmerkung Scherrmann:

Diese klare Aussage war laengst ueberfaellig. Die bisherige Praxis, dass den Kranken die Anwesenheit einer Vertrauensperson (auch der Ehefrau bzw. des Ehemanns) verweigert wird, ist m. E. mit einem Rechtsstaat nicht vereinbar. Besonders in letzter Zeit bekam ich viele Schilderungen von Kranken, bei denen die Anwesenheit einer Vertrauensperson bei Gutachterterminen abgelehnt wurde. Ich hoffe, dass dieses Urteil bald im gesamten Wortlaut abrufbar ist und fuer viele Kranken eine Argumentationshilfe sein kann.

Es bleibt im Einzelfall dann trotzdem immer noch die Frage, wie es bei einem Verfahren weiter geht, wenn Gutachter die Anwesenheit Dritter ablehnen.

=====

## TERMINE

### **Vortragsabend über Chemikaliensensibilität**

Donnerstag, 15.06.2006, (Fronleichnam) 18:30 Uhr, Pfarrhaus der St. Josefgemeinde, Schleifergasse 2, 65929 Frankfurt am Main - Höchst

Programm u.a:

Silvia Müller (CSN – Chemical Sensitivity Network) „Altlasten aus dem Arbeitsleben:

Chemikaliensensibilität, Immun- und Nervenschäden"

Dagmar von Lojewski-Paschke (BBU-AK Schulen) „Schadstoffbelastete Schulen: Brutstätten für Chemikaliensensibilität und andere Umwelterkrankungen"

Dr. med. Lawrence A. Plumlee, USA "Chemical Sensitivity and Pesticides"

Der Vortrag von Prof. Lawrence Plumlee wird in Englisch mit gleichzeitiger Power Point Präsentation zum Mitlesen gehalten. Die Übersetzung des Vortrags und die Fragen/Antworten in der Diskussionsrunde werden von Herrn Prof. A. Kappos, früher bga, jetzt Mitglied im BUND AK Gesundheit und Wissenschaftlichen Beirat BUND, übernommen.

Weitere Informationen und Anmeldung unter (Der URL steht nicht mehr im Netz)

\*\*\*

### **„Das Ende der Belastbarkeit – wie viel verträgt der Mensch?“**

Sonntag, 23. Juli 2006, Nürnberger Akademie, Gewerbemuseumsplatz 2, 90402 Nürnberg

Programm u.a.:

Frank Bartram: Was ist MCS – ist MCS eindeutig diagnostizierbar?  
Wolfgang Huber: Innenraumschadstoffe – und noch keine Grenzwerte!  
Carolin Zerger : Endstation Mensch – Zeit für eine neue Chemikalienpolitik  
Christoph Scheiner: Der Einfluss von Hochfrequenz auf Umweltkranke – eine Bestandsaufnahme

Verein zur Hilfe umweltbedingt Erkrankter e.V. 1. Umwelttagung:  
Weitere Informationen und Anmeldung unter [www.umweltbedingt-erkrankte.de](http://www.umweltbedingt-erkrankte.de)

=====

## VEROEFFENTLICHUNGEN

**Literaturempfehlung "Neurotoxikologie"**  
<http://www.fachkrankenhausnf.de>

=====

## POLITIK - BEHOERDEN

=====

### Bundesministerium für Gesundheit

Pressemitteilung der Drogenbeauftragten der Bundesregierung Berlin, 30.5.2006  
**Über 44.000 neue Nichtraucherinnen und Nichtraucher zum Welt-Nichtrauchertag 2006**  
Die diesjährige Nichtraucherkampagne „Rauchfrei 2006“ war erneut ein Erfolg: 44.636 Raucherinnen und Raucher haben sich für einen Rauchverzicht im Mai und für einen Start in ein neues Leben entschieden. Die Aktion stand unter der Schirmherrschaft von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz stellen die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, die Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Frau Dr. Elisabeth Pott und Frau Dr. Martina Pötschke-Langer vom Deutschen Krebsforschungszentrum die Gewinner des diesjährigen Wettbewerbs zum Nichtrauchen vor.

Dazu erklärt Sabine Bätzing: „Der diesjährige Wettbewerb Rauchfrei 2006 ist erneut ein Zeichen, dass viele Raucherinnen und Raucher mit dem Rauchen aufhören möchten und nach einer guten Gelegenheit suchen. Über 44.000 Menschen haben sich für ein gesünderes Leben entschieden. Damit nimmt Deutschland beim internationalen Vergleich europaweit einen Spitzenplatz ein. Der Wettbewerb hat jüngere und ältere Menschen dazu gebracht, ein rauchfreies Leben zu beginnen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich bewusst von der Zigarette verabschiedet, um an Lebensqualität zu gewinnen. Ausgezeichnet werden auch Helferinnen und Helfer im sozialen Umfeld, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bei ihrem Ausstieg aus der Nikotinsucht geholfen haben. Das Motto des diesjährigen Welt-Nichtrauchertages der Weltgesundheitsorganisation ‚Tabak: Tödlich in jeder Form!‘ verdeutlicht, wie wichtig der Ausstieg aus dem Rauchen für jeden einzelnen ist.

Das unterstreicht für mich zweierlei: Zum einen brauchen wir vielfältige Ansätze, damit Nichtrauchen immer mehr zum Normalfall wird. Dies sind vor allem Maßnahmen, damit junge Menschen gar nicht erst mit dem Rauchen beginnen. Zum anderen brauchen wir auch ein differenziertes Netz von Angeboten zur Tabakentwöhnung, damit Raucherinnen und Raucher mit dem Rauchen aufhören können. Dazu gehören auch speziell auf Jugendliche zugeschnittene Ausstiegs- und Entwöhnungshilfen. So richtete sich der Wettbewerb Rauchfrei 2006 mit einem eigenen Preis speziell an die Zielgruppe der Jugendlichen.

Der Tabakkonsum ist das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko unserer Zeit. Noch immer rauchen mit etwa 33 Prozent der erwachsenen Bevölkerung viel zu viele Menschen. Das durchschnittliche Einstiegsalter in den Zigarettenkonsum liegt heute bei etwa 13 Jahren. Entsprechend hoch ist auch die Zahl derer, die an den Folgen des Rauchens sterben: Jährlich etwa 140.000 Menschen! Hinzu kommen nach Angaben des Deutschen Krebsforschungszentrums rund 3.300 Nichtraucherinnen und Nichtraucher, die durch Passivrauchen sterben.

Ich bin sehr froh, dass wir in Deutschland in den letzten Jahren einen Rückgang in der Raucherquote zu verzeichnen haben. Es wird weniger geraucht, vor allem bei den Jugendlichen. Die Raucherquote in der Altersgruppe der 12- bis 17-Jährigen ist von 28 % im Jahr 2001 auf 20 % im Jahr 2005 zurückgegangen. Dies ist auch auf die vielfältigen gesetzlichen und präventiven Maßnahmen wie die

Erhöhung der Tabaksteuer und der ‚Rauchfrei‘-Kampagne zurückzuführen, die in den letzten Jahren zur Reduzierung des Tabakkonsums in Deutschland umgesetzt wurden.“

Internet <http://www.bmggesundheits.de>

=====

## **Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**

München, 30. Mai 2006

**Schnappauf: Teilnahmerecord bayerischer Schüler beim Nichtraucherwettbewerb - Neues Projekt forciert Nichtraucherschutz in Krankenhäusern  
Mehr Nichtraucherschutz forderte Gesundheitsminister Werner Schnappauf heute anlässlich des morgigen Weltnichtrauchertages.**

Mehr Nichtraucherschutz forderte Gesundheitsminister Werner Schnappauf heute anlässlich des morgigen Weltnichtrauchertages: "Gaststätten, Krankenhäuser und andere öffentlich zugängliche Einrichtungen sollen dem Beispiel der Schulen in die Rauchfreiheit folgen." Ab 1. August werden die Schulen in Bayern rauchfrei. Als Indiz, dass das generelle Verbot in bayerischen Schulen Zustimmung findet, wertete Schnappauf die positive Resonanz beim europaweiten Nichtraucherwettbewerb "Be Smart, don't Start". Rund 44.000 Schülerinnen und Schüler in 1.751 Klassen haben in diesem Jahr teilgenommen und damit einen neuen Teilnahmerecord erreicht. 1.177 und damit mehr als zwei Drittel der Klassen haben durchgehalten. Zur Verstärkung des Nichtraucherschutzes gab Schnappauf zugleich den Startschuss, jetzt die Krankenhäuser rauchfrei zu machen.

In dem neuen Projekt werden die Gewerbeaufsichtsämter von Juni bis Dezember 2006 die Krankenhäuser dabei unterstützen, mit konkreten Maßnahmen den Nichtraucherschutz am Arbeitsplatz bis hin zur Rauchfreiheit voranzubringen. Als Ort der Heilung und Genesung sollte es erklärtes Ziel eines jeden Krankenhauses sein, rauchfrei zu werden. Patienten sollten den Aufenthalt in einem rauchfreien Krankenhaus zum Anlass nehmen können, mit dem Rauchen aufzuhören?, machte der Minister deutlich. Abgesehen von der Vorbildfunktion, die selbstverständlich sein sollte, ergibt sich für die Krankenhäuser durch die Einführung der Rauchfreiheit weiterer Nutzen. Fehl- bzw. Ausfallzeiten könnten verringert und die Mitarbeiterzufriedenheit verbessert werden, so der Minister weiter. Durchschnittlich 20 Prozent der Ärzte und 40 Prozent des Pflegepersonals rauchen. Maßnahmen zum Schutz vor Passivrauch sind ebenso wichtig wie Angebote zur Nikotinentwöhnung.

"Be Smart - don't Start" ist ein europaweiter Wettbewerb zur Förderung des Nichtrauchens an Schulen. Die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 6 bis 8 verpflichten sich, während der Laufzeit des Wettbewerbs (November bis April) nicht zu rauchen. Beim letztjährigen Wettbewerb hatten sich 1.575 Klassen beteiligt; 1069 Klassen davon waren dabei geblieben. "Besonders bemerkenswert ist, dass eine zunehmende Zahl von Klassen wiederholt teilnimmt", sagte Schnappauf und rief die Schulen auf, den Wettbewerb begleitend zur Einführung der rauchfreien Schule zur Bewusstseinsbildung intensiv zu nutzen.

Für Bayern führen den Wettbewerb das Bayerische Gesundheitsministerium und die Landeszentrale für Gesundheit in Kooperation mit dem Bayerischen Kultusministerium durch. Der neue Durchgang des Wettbewerbs beginnt am 13. November 2006. Weitere Infos zum Nichtraucherschutz und den bayerischen Maßnahmen unter <http://www.gesundheit.bayern.de>

=====

## **BUNDESTAG**

31.05.2006 Gesundheit/Kleine Anfrage:

### **Nichtraucherschutz**

Berlin: (hib/MPI) Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich nach der Umsetzung der Selbstverpflichtung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA) zum Nichtraucherschutz. In einer Kleinen Anfrage (16/1558) führen die Abgeordneten aus, die erste Stufe der Vereinbarung sei zum 1. März 2006 in Kraft getreten. Danach müssten mindestens 30 Prozent aller Speisebetriebe mindestens 30 Prozent ihres Raumangebotes für Nichtraucher bereithalten. Die Mitteilung der DEHOGA von Ende Februar 2006, wonach 31,5 Prozent der größeren Speisebetriebe

diese Stufe der Selbstverpflichtung umgesetzt hätten, zweifelt die Fraktion an. Sie will nun von der Regierung wissen, ob und mit welchem Ergebnis sie die Angaben der DEHOGA stichprobenartig überprüft hat. Zudem fragen die Abgeordneten, ob die Regierung weitergehende Maßnahmen für einen verbesserten Schutz vor Passivrauchen plant.

\*\*\*

29.05.2006 Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Anhörung)

### **Verbraucherschutz fordern Informationsanspruch gegeneinander Unternehmen**

Berlin: (hib/SAS) Erwartungsgemäß uneins sind sich die sieben Experten einer öffentlichen Anhörung zum Verbraucherinformationsgesetz (VIG), wie weitgehend dem Wunsch der Verbraucher nach Information bei Behörden und Unternehmen einerseits entsprochen werden sollte und wie stark die Interessen von Betrieben der Lebensmittelbranche zu schützen sind.

Auslöser für ein solches Gesetz sind dabei die Lebensmittelskandale in der Fleischindustrie des vergangenen Jahres. Bei der um 14 Uhr beginnenden Anhörung des Ernährungsausschusses stehen der Gesetzentwurf zur Neuregelung des Rechts der Verbraucherinformation der Koalitionsfraktionen (16/1408) sowie der Entwurf eines Verbraucherinformationsgesetzes von Bündnis 90/Die Grünen (16/199) zur Debatte.

Während die Vorlage der Grünen einen Informationsanspruch des Einzelnen gegen Behörden und einen eigenständigen Informationsauftrag der Verwaltung festschreiben möchte, planen die Regierungskoalitionsfraktionen einen Informationsanspruch des Einzelnen nur auf Auftrag hin zuzulassen. Darüber hinaus sollen die Strafverfolgungsbehörden andere Behörden über Verstöße informieren können.

In seiner schriftlichen Stellungnahme unterstreicht Professor Christoph Gusy von der Universität Bielefeld, dass das Bundesverfassungsgericht der Aufklärung der Bevölkerung und Verhaltensempfehlung durch den Staat in seinem Beschluss aus dem Jahre 2002 einen wichtigen Stellenwert eingeräumt habe.

Aus seiner Sicht wird der vom höchsten deutschen Gericht umschriebene Informationsauftrag in dem Gesetzentwurf der Grünen umfassend eingelöst. Dahinter bleibe der Entwurf der Koalitionsfraktionen deutlich zurück.

Hier könne ein Informationsanspruch erst dann wirksam werden, wenn der Betroffene sich durch konkrete Anhaltspunkte dazu veranlasst sehe, bei Behörden Informationen einzuholen. Auch bemängelt Gusy, dass Unternehmen nicht als Adressaten genannt werden, gegenüber denen Bürger ebenfalls einen Auskunftsanspruch geltend machen können.

Gusys Fazit: dadurch könnten die Ziele des Gesetzes nachhaltig beeinträchtigt werden, schließlich seien Unternehmen mit den betroffenen Produkten wesentlich vertrauter als Behörden.

In das gleiche Horn stößt auch die Verbraucherzentrale Bundesverbandes e.V. Ihre Forderung: das geplante Verbraucherinformationsgesetz müsse um einen individuellen Auskunftsanspruch gegenüber Unternehmen ergänzt werden.

Zu kurz greift der Koalitionsentwurf ihrer Einschätzung nach auch beim Anwendungsbereich: Sie fordern eine Ausweitung des geplanten Gesetzes auf alle dem Geräte- und Produktsicherheitsgesetz unterstehenden Produkte, da für die Verbraucher Verstöße gegen das Eichgesetz etwa bei Heizöllieferungen, Taxametern oder ähnlichen Messungen wirtschaftlich weit gravierender seien als Lebensmittelverstöße.

Kritisch äußert sich auch die Deutsche Umwelthilfe: Transparenz und eine Stärkung der Verbraucherrechte sei mit dem vorliegenden VIG nicht zu erreichen. Ihr dränge sich der Eindruck auf, dass nicht Verbraucherinteressen im Vordergrund stünden, sondern die Ausweitung von Ausnahmen zugunsten der Wirtschaft "weit über das nach der Verfassung gebotene Maß hinaus".

Bemängelt wird, dass aktive Informationspflichten der Behörden sowie Auskunftsansprüche gegen private Unternehmen im VIG erst gar nicht vorgesehen seien. Nur mit diesen Instrumenten sind aus Sicht der Deutschen Umwelthilfe aber Lebensmittelskandale effektiv zu bewältigen.

Demgegenüber appelliert der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) an den Gesetzgeber, die Auskunftspflichten während laufender Verwaltungsverfahren "sachgerecht" zu begrenzen, damit Unternehmen oder Produkte nicht vorschnell an den Pranger gestellt würden.

Auch dürften die "Schäferhunde" des Gesetzgebers zwar gezielt auf die "schwarzen Schafe" der Branche angesetzt werden, "nicht aber ständig die ganze Herde in Unruhe halten". Ferner sollte aus Sicht des HDE das Gesetz nur auf Lebensmittel, Lebensmittelbedarfsgegenstände und Futtermittel angewandt werden, da zwischen dem Lebensmittelsektor und anderen Branchen "erhebliche Unterschiede" bestünden.

Zudem warnt der HDE davor, den Verbraucher durch zu frühe und nicht gesicherte Warnungen unnötig zu verunsichern und fordert eine Regelung, die ein rasches Eingreifen bei tatsächlicher

Gefährdungslage ermöglicht.

Es sei für den Einzelhandel das zentrale Postulat, dass weder Unternehmen noch Marken oder Produkte "in ungerechtfertigter oder leichtfertiger Weise an einen öffentlichen Pranger" gestellt würden, da dies im schlimmsten Fall die Existenz eines Betriebes vernichten könne.

Ähnliche Befürchtungen äußert auch der Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V. (BLL) und warnt vor Panikmeldungen durch frühzeitige, ungesicherte Informationsoffenlegung. Grundsätzlich sieht er keinen "tatsächlichen" Handlungsbedarf für ein Verbraucherinformationsgesetz. Stehe den Behörden doch mit dem im September vergangenen Jahres in Kraft getretenen neuen Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) ein "umfassendes Instrumentarium" zur Verfügung, um die Öffentlichkeit bei der Vermarktung ekelregender Lebensmittel unter Nennung von Produkt- und Herstellernamen zu informieren.

Auch müsse man die bestehende aktive Informationspolitik der Behörden erst in der Praxis für längere Zeit erproben, bevor sie erneut geändert werde.

\*\*\*

18.05.2006 Rechtsausschuss (Anhörung)

### **Änderungen des Umweltrechts unter Experten umstritten**

Berlin: (hib/SUK) Auf ein sehr geteiltes Echo stoßen die geplanten Änderungen im Bereich des Umweltrechts im Rahmen der Föderalismusreform. Während einige der Sachverständigen, unter ihnen Wolfgang Gerhards,

Justizminister a.D., und der Präsident des Bayerischen Landtags, Alois Glück, die vorgesehene Abschaffung der Erforderlichkeitsklausel und die Einführung weit reichender Abweichungsbefugnisse der Länder begrüßen, bewerten Experten wie Wilfried Erbguth, Professor an der Universität Rostock, und Cornelia Ziem von der Deutschen Umwelthilfe das Vorhaben kritisch.

Wilfried Erbguth monierte, weder das gegenwärtige noch das geplante Umweltrecht seien geeignet, ein einheitliches Umweltgesetzbuch (UGB) zu schaffen. Unterschiedliche Kompetenznormen verhinderten sowohl derzeit als auch in Zukunft, eine "vereinheitlichende Kraft eines UGB" zu erreichen: "Die Probleme bleiben und werden sogar noch größer." Auch Cornelia Ziem sieht das Ziel eines einheitlichen UGB nicht erreicht, "es wird sogar zum Teil konterkariert".

Durch die Abweichungsrechte der Länder ab 2010 werde das UGB, das bis dahin geschaffen werden könnte, wieder "bedeutungslos". Auch Heinrich Freiherr von Lersner, Präsident des Umweltbundesamtes a.D., bemängelte, die Abweichungsrechte führten zu "erheblichen Schwierigkeiten", nicht nur im nationalen, sondern auch im europäischen und internationalen Recht. Zwar solle es spezielle Abweichungsrechte geben, aber sie sollten nicht generell in der Verfassung verankert sein. Der Wunsch danach sei zwar aus "föderaler Sicht verständlich", führe aber zu "Scurrilitäten".

Beispielsweise gebe es stark unterschiedliche Interessen im Abfallrecht. Hans-Joachim Koch, Professor an der Universität Hamburg, äußerte "erhebliche Zweifel", ob die geplanten Änderungen künftig Blockaden vermeiden könnten.

Der Koalitionsentwurf sehe fünf verschiedene Kompetenzmodelle im Umweltbereich vor, davon allein drei verschiedene Modelle im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung - dies sei kaum zu durchschauen. Auch wenn es grundsätzlich Aufgaben mit Regionalbezug gebe, sei nicht einzusehen, warum die Länder dafür eine regionale Gesetzgebung bräuchten.

Selbst wenn niemand den Länder unterstelle, sie würden grundsätzlich von den Standards nach unten abweichen wollen, würden striktere Rahmenbedingungen doch verhindern, dass bestimmte Dinge "weicher gefahren" würden.

Gegen den Verdacht, durch die Abweichungsrechte der Länder würde es künftig zu einem "Wettkampf und Dumping nach unten" kommen, wandte sich Wolfgang Gerhards. Dies sei ein "unanständiger Verdacht". Zum einen beträfen die Abweichungsrechte keine zentralen Rechtsbereiche und der Bund könne in allen wesentlichen Bereichen einheitliche Regelungen erlassen, zum anderen seien für die meisten Bereiche europäische Standards festgeschrieben, denen auch die Länder unterlägen. Die Länder müssten sich bei allen Abweichungen vor ihren Bürgern rechtfertigen und die - auch finanzielle - Verantwortung tragen.

Auch Alois Glück betonte, es sei für die Länder "nicht akzeptabel", pauschal entmündigt zu werden - zumal gerade der Bereich Umwelt für die Länder von immenser Bedeutung für die Lebensgestaltung sei. Grundsätzlich sei die "Fachkompetenz in den Landesbehörden nicht geringer als auf Bundesebene".

Die unterschiedlichen Kompetenzmodelle in der Gesetzgebung wurden auch von Edzard Schmidt-Jortzig, Professor an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz, und Johannes Dietlein, Professor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, kritisiert.

Dies führe weiterhin zu Zuordnungs- und Abgrenzungsproblemen. Schmidt-Jortzig kritisierte diese Regelung als "für Laien nicht durchschaubar" und "nicht durchdacht". Grundsätzlich sei das Gesetzesvorhaben jedoch zu begrüßen. Letztlich sei "nicht entscheidend, wer die Dinge regelt, sondern wie er sie regelt", so Dietlein.

\*\*\*

Rechtsausschuss (Anhörung II)

### **Experten uneins ueber europa-Kompatibilitaet des neuen Umweltrechts**

Berlin: (hib/SUK) Die geplante Aufteilung der Gesetzgebungskompetenzen im Bereich des Umweltrechts könnten gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben widersprechen. Zu diesem Schluss kam am Donnerstagnachmittag die Direktorin am Institut für Europarecht der Schweizer Universite de Fribourg, Astrid Epiney.

Zwar sei die "potenzielle Mehrgleisigkeit" nicht generell rechtswidrig, nach Auffassung Epineys könnten die neuen Regelungen jedoch dazu führen, dass europarechtliche Vorgaben nicht effizient und fristgemäß umgesetzt werden können. Dies fand den heftigen Widerspruch des früheren nordrhein-westfälischen Justizministers Wolfgang Gerhards: Hier handele es sich um "vorauselenden Gehorsam".

Eine Alternative zu dem derzeitigen Vorhaben sei die Einführung eines Kompetenztitels "Recht der Umwelt", so Epiney. Einen solchen Kompetenztitel begrüßten auch Cornelia Ziem (Deutsche Umwelthilfe), Christian Schrader (Fachhochschule Fulda) und Hans-Joachim Koch (Universität Hamburg).

Ein solcher Kompetenztitel würde bestehende Lücken schließen und zukünftige Entwicklungen auffangen, so Koch. Er sei zwar "nicht dringend nötig, aber er wäre gut".

Überwiegender Tenor der Sachverständigen war es, dass Nachbesserungen am Gesetzentwurf erforderlich seien. Für den früheren Bundesjustizminister Professor Edzard Schmidt-Jortzig (Christian-Albrechts-Universität zu Kiel) ist das Vorhandensein dreier Modelle im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung "nach sachlicher Vernunft nicht recht überzeugend".

Solle die Reform nicht nur der "Verlustierung von Juristen" dienen, müsste sie für die Bürger auch "Transparenz- und Durchschaubarkeitsvorteile" haben, doch es finde "überall Verkomplizierung" statt. Auch Cornelia Ziem meinte, man brauche zwar eine Föderalismusreform, "aber nicht diese, sondern eine andere".

Der vorliegende Entwurf habe unbestreitbare Defizite. Diese Einschätzung teilte Michael Klopfer (Humboldt-Universität zu Berlin) nicht: Trete die Reform nicht in Kraft, werde ein "sterbendes Umweltrecht" die Folge sein. Dass der vorliegende Entwurf das Ergebnis behutsamer Kompromisse und politischer Verständigung sei, sei "per se nicht zu verurteilen".

=====

## **UBA - UMWELTBUNDESAMT**

Dessau, den 30.05.2006

### **Duftstoffe: Betörend mit möglichen Nebenwirkungen**

### **Umweltbundesamt informiert über Raumbeduftung und gibt Empfehlungen, um die Gesundheit zu schonen**

Einige sind natürlichen Ursprungs, andere künstlich erzeugt: Duftstoffe. Weil die meisten von uns sie als angenehm empfinden, verwenden wir sie oft freiwillig – etwa in Parfüms. Was der Nase gefällt, muss für die Gesundheit aber nicht automatisch gut sein. Denn: Manche duftenden Produkte enthalten Substanzen, von denen bekannt ist, dass sie Kontaktallergien auslösen oder relevant für andere Unverträglichkeiten sein können. Bestimmte Duftstoffe – wie zum Beispiel Moschusverbindungen – sind zudem in der Umwelt nur schwer abbaubar und reichern sich über die Zeit in Umwelt, Mensch und Tier an. Gesundheitliche Unverträglichkeiten durch Duftstoffe sind ein bislang nicht ausreichend beachtetes Thema. Das Umweltbundesamt (UBA) hat in einem 15-seitigen Hintergrundpapier das aktuelle Wissen über Duftstoffe zusammengefasst, Risiken benannt und Möglichkeiten aufgezeigt, mit Duftstoffen sicher umzugehen. Denn Duftstoffe kommen zunehmend in Mode.

Während Düfte noch vor einer Generation als etwas Besonderes galten und parfümierte Produkte eine – oft teure – Seltenheit waren, wird heute Vieles, was sich für das Verströmen eines Geruchs eignet, auch mit einem Duft versehen. „Luftverbesserer“ finden sich zum Beispiel in Wasch- und Reinigungsmitteln oder Duftkerzen. Auch im öffentlichen Raum sind die Verbraucher – oftmals unbewusst – mit Duftstoffen konfrontiert, etwa wenn die „Luftauffrischer“ sich über Klimaanlage in

Kaufhäusern oder Büros verteilen. Es duftet allerorten. Für den Menschen kann das zum Problem werden – gerade für sensible Personen.

Auch für Duftstoffe gilt: Wird Angenehmes zur Last, müssen sich die Verbraucherinnen und Verbraucher schützen können. Leider wissen wir auffallend wenig über die verwendeten Stoffe und ihre gesundheitlichen sowie ökologischen Wirkungen. Was ist zu tun? Ganz sicher nicht sinnvoll ist, Duftstoffe generell zu verbieten, denn dies entspräche weder den Wünschen der Konsumenten noch denen der Hersteller und Anwender. Aus Gründen der Vorsorge empfiehlt das UBA, Duftstoffe in öffentlichen Gebäuden, in denen Einzelne keinen Einfluss auf die Beduftung nehmen können – wie Büros, Kaufhäusern und Kinos – nicht einzusetzen, um die Gesundheit empfindlicher Personen nicht zu beeinträchtigen.

In Haus und Wohnung sollten Verbraucher vorsichtig mit Duftstoffen umgehen und schlechte Luft nicht mit wohlriechenden Produkten maskieren. Vielmehr ist den Ursachen für – vermeintlich – schlechte Luft nachzugehen und deren Quelle zu beseitigen. Gute Belüftung und regelmäßiges Putzen – mit duftstofffreien Mitteln – sorgen am besten für frische Luft. Wer sich dennoch für eines der vielen Duftprodukte entscheidet, sollte sparsam und umsichtig damit umgehen: Besondere Zurückhaltung ist angezeigt gegenüber Verdampfern – etwa Teelichtern oder Duftlampen –, da diese die Konzentration der Duftstoffe in der Atemluft stark erhöhen können.

Die Hersteller der Duftstoffe können ebenfalls dabei helfen, den Einsatz ihrer Produkte gesundheitsverträglicher zu machen. Sie sollten die Verbraucher erstens besser und ausführlicher als bisher über die Inhaltsstoffe ihrer Duftpräparate informieren. Klar ist zweitens, dass nur Substanzen zum Einsatz kommen dürfen, die auf ihre Verträglichkeit für Mensch und Umwelt geprüft und als unbedenklich eingestuft sind. Hier ist das Wissen allerdings noch sehr lückenhaft. Die Forschung zu Mechanismen der neuronalen Verarbeitung eines Duftreizes, der Inhalationstoxikologie und der Bedeutung des Geruchssinns bei Vorliegen bestimmter Überempfindlichkeiten auf Duftstoffe sollte zukünftig mehr Beachtung finden. Dabei sind nicht nur öffentliche Einrichtungen gefragt. Auch die Hersteller und Vertrieber von Duftstoffen sind gefordert, die Forschung für mehr Wissen über Duftstoffe zu fördern.

Ausführliche Informationen enthält das 15-seitige Hintergrundpapier „Duftstoffe: Wenn Angenehmes zur Last werden kann“. Es steht im Internet unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/gesundheit/veroeffentlichungen.htm> zum kostenlosen Download bereit.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-035.htm>

PDF: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-035.pdf>

Anmerkung Scherrmann:

Es ist erfreulich und an der Zeit, dass das Problem nun endlich vom UBA umfassender thematisiert wurde.

Insgesamt gibt es m. E. zwar einige Punkte an dem Hintergrundpapier zu kritisieren (unzureichende Einbeziehung der schon vorhandenen internationalen Literatur, Fokussierung auf "sensible Menschen", ...) jedoch insgesamt liegt nun ein Papier vor, das sich mit dem Problemfeld "Duftstoffe" auseinandersetzt, insbesondere im Zusammenhang mit REACH gut informiert, offen zugibt, dass viele Wirkmechanismen noch nicht bekannt sind, und am Ende auch Empfehlungen in verschiedene Richtungen ausspricht.

Auch wenn Empfehlungen keine Gesetze sind, und es mit Sicherheit noch viel Zeit und Informationen bedarf bis - wie vermehrt in den USA und in Kanada - öffentliche Gebäude, Verkehrsmittel, Krankenhäuser, Schulen, Unicamps, Kirchen, ... zur duftstofffreien Zone erklärt werden, ist nun mal ein Anfang gemacht, das Thema ernst zu nehmen.

\*\*\*

APUG - Newsletter Nr. 7, 17. Mai 2006

**Newsletter der Geschäftsstelle des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (APUG)**

Neu!! Unter <http://www.apug.de/newsletter/index.htm> ist ein Stichwortverzeichnis zu allen bisher erschienenen APUG-Newslettern als PDF-Dokument zum Herunterladen eingestellt.

**Neuigkeiten zu Umwelt und Gesundheit** (mit jeweils einigen links)

## **1) Umwelt- und gesundheitspolitische Nachrichten**

Jahresgutachten zur Umsetzung der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber  
Ursachen für Vergiftungsfälle mit Nano-Spray noch nicht vollständig aufgeklärt  
Nanotechnologie - Einsatz, Trends und Risiken  
Mit Bus und Bahn sicher und umweltverträglich ans Ziel  
Neue Badegewässerrichtlinie ermöglicht ungetrübten Badespaß  
Krankenhäuser rauchfrei machen - Das deutsche Netz Rauchfreier Krankenhäuser hilft dabei  
Umweltinformationen auf einen Blick – Das Umwelt-Kernindikatorensystem des Umweltbundesamtes  
Feinstaub aus Kaminen und Holz-Öfen verringern  
Schienenfahrzeuge in Europa zukünftig leiser  
Künftig weniger Schadstoffe in Reifen und Farben  
Mehr Transparenz über Schadstoffausstoß der Industrie in der EU  
Druckfarben in Lebensmitteln: Gesundheitliche Bewertung mangels Daten nicht möglich  
Energiesparen in Gebäuden und gute Raumluftqualität sind möglich

Hinweis: Unter <http://www.apug.de/presse/pm-behoerden06.htm> werden die Pressemitteilungen der am Aktionsprogramm beteiligten Behörden zu umwelt- und gesundheitspolitischen Nachrichten eingestellt.

## **2) Forschungsberichte**

"Bedeutung der Bestimmung von Lymphozyten-Subpopulationen in der Umweltmedizin" - Mitteilung der Kommission "Methoden und Qualitätssicherung in der Umweltmedizin"  
"Vorschlag zur Gliederung von umweltmedizinischen Kasuistiken" - Mitteilung der Kommission "Methoden und Qualitätssicherung in der Umweltmedizin"  
"Wieviel Biozide braucht der Mensch?": Schädlingsbekämpfung - Ausgleich zwischen Umwelt- und Gesundheitsschutz finden  
Nano-Partikel auf dem Prüfstand - Forschungsverbund untersucht mögliche Risiken  
Forschungsbericht zur "Berliner Studie zu umweltbezogenen Erkrankungen"  
Kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestalten – Praxis der Lokalen Agenda 21: englische Kurzfassung erschienen  
Neue Studie: Natur stärkt die menschliche Gesundheit  
Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in rund 60 % der untersuchten Lebensmittel  
Gesundheitsberichterstattung des Bundes: Hörstörungen und Tinnitus  
Münchner APUG: Berichte zur umweltbezogenen Gesundheitsberichterstattung  
Untersuchungen zur Freisetzung feiner und ultrafeiner Partikel beim Betrieb von Laserdruck-Geräten  
Die WHO unterstützt Mitgliedstaaten aus Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien bei der Verbesserung der Luftqualität

## **3) Internationales**

Exposure to Ozone may affect human reproduction  
Economic Valuation of environmental health risks to children (OECD)  
Air pollution at street level in European cities  
Neues Feinstaub-Portal in der Schweiz  
EU-Forschung untersucht chemische Belastung von Säuglingen  
Internationaler Workshop: Umwelt, Verkehr und Gesundheit

## **4) Broschüren und Informationsmaterialien**

Newsletter "UBA aktuell" 2/2006  
UmweltMedizinischer InformationsDienst - UMID 1/2006  
Von Röntgen bis Tschernobyl - Chancen und Risiken von Strahlung  
Erste Ausgabe des "Journals für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit" erschienen

## **5) Internetseiten**

Europäische Kommission startet neues Gesundheitsportal "Health-EU"  
Radio 108,8 klärt Kinder zum Thema Lärm auf  
STARS - Stoff-Datenbank für bodenschutz- und umweltrelevante Stoffe  
"Die Schrittzähler"-Online-Community ist gestartet

## **6) Termine / Veranstaltungen**

Internationale Konferenz "Healthy Buildings 2006", 04.-08.06., Lissabon (Portugal)

\*\*\*

Dessau, den 9. Mai 2006

Bundesweiter Aktionstag „Nachhaltiges (Ab-)Waschen“ am 10. Mai 2006:

### **Umweltbundesamt gibt Tipps zum nachhaltigen Waschen und Reinigen**

EG-Detergenzienverordnung verbessert Informationen der Verbraucher

Bessere Information für die Verbraucherinnen und Verbraucher, mehr Umweltschutz und weniger Aufwand für die Hersteller – das bringt die neue EG-Detergenzienverordnung für Wasch- und Reinigungsmittel. Umweltbelastende waschaktive Tenside müssen vollständig biologisch abbaubar sein. Zudem haben die Hersteller bestimmte Inhaltsstoffe der Wasch- und Reinigungsmittel auf der Verpackung zu kennzeichnen: Konservierungsmittel sind unabhängig von ihrer Konzentration namentlich zu nennen – einzelne Duftstoffe wie Geraniol, die Allergien fördern oder auslösen können, ab einer Konzentration von 0,01 Prozent im Produkt. Anders als bisher sind die Rezepturen der Wasch- und Reinigungsmittel nicht mehr beim Umweltbundesamt (UBA) registrieren zu lassen. Die mehrstellige „UBA-Nummer“ auf der Verpackung ist damit Geschichte. Stattdessen müssen die Hersteller die Verbraucher im Internet über die Inhaltsstoffe informieren. Genauso wichtig wie Informationen über Inhaltsstoffe ist, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher Wasch- und Reinigungsmittel umweltgerecht anwenden. Anlässlich des bundesweiten Aktionstages „Nachhaltiges (Ab-)Waschen“ am 10. Mai 2006 sagte UBA-Präsident Prof. Dr. Andreas Troge: „Wer Wasch-, Spül- und Reinigungsmittel schonend einsetzt, spart Energie, Chemikalien und Wasser. Dies entlastet die Umwelt und den Geldbeutel: Die Ausgaben für Strom, Wasser und Abwasser lassen sich merklich senken.“

.....  
Informationen zum Bundesweiten Aktionstag finden Sie unter [www.aktionstag-nachhaltiges-waschen.de](http://www.aktionstag-nachhaltiges-waschen.de). Informationen zur EG-Detergenzienverordnung gibt es bei der EG-Kommission unter [http://europa.eu.int/comm/enterprise/chemicals/legislation/detergents/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/enterprise/chemicals/legislation/detergents/index_en.htm)

Weitere Fragen zu Wasch- und Reinigungsmittel beantwortet gern das Umweltbundesamt, Fachgebiet IV 1.2, E-Mail: [detergenzien@uba.de](mailto:detergenzien@uba.de)  
HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pd06-029.htm>  
PDF: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2006/pdf/pd06-029.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/98

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529, email: [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt